

Landtagsinfo vom 22.05.2019

Uli Sckerl MdL



Liebe Freundinnen und Freunde,

nur noch wenige Tage bis zu sehr wichtigen drei Wahlen: Gemeinderat, Kreistag und Europa. Ich wünsche Euch und uns einen gelungenen Endspurt. Lasst uns gut mobilisieren, damit wir nicht nur Umfragen, sondern auch Wahlen gewinnen. Die Stimmung ist jedenfalls anhaltend gut. Wir dürfen auch gespannt sein, welche Auswirkungen die von der rechtspopulistischen FPÖ ausgelöste österreichische Staatskrise auf den Stimmenanteil der Rechtspopulisten bei den Europawahlen hat.

Letzte Informationen und Argumente, am Sonntag GRÜN zu wählen, gibt es übrigens am Donnerstag (23.5.) ab 20 Uhr im Alten Rathaus in Weinheim. Dort wird der bekannte **Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer** unser Gast sein. Reinhard ist zudem seit einigen Jahren Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei, dem Dachverband aller grünen nationalen Parteien in der EU. Es wäre ein tolles Zeichen, wenn wir am Donnerstag, an dem wir auch den 70. Geburtstag des Grundgesetzes feiern, uns in großer Zahl treffen: Wir sind die europäischste aller Parteien! Weitere Infos hier: <https://www.reinhardbuetikofer.eu/>

Herzliche Grüße! Uli

Aus der Landespolitik

Volksbegehren Bienen nun auch in Baden-Württemberg

Im letzten Newsletter (15.5.) haben wir über den Bericht des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) zum Artenschwund berichtet. Zu den besonders stark vom Aussterben betroffenen Tierarten gehören bekanntlich die (Wild-)Bienen. Deshalb haben rd. 60 Organisationen, darunter BUND und NABU, aber auch Imker nun das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ auch bei uns am Sonntag gestartet.

In Bayern haben es die Bürger*innen erfolgreich vorgemacht. Dort hatten rd. 1,7 Millionen Menschen - fast 18,4 Prozent der bayerischen Wahlberechtigten - für einen stärkeren Artenschutz unterschrieben. Am 8. Mai fand die erste Lesung des Volksbegehrens im bayerischen Landtag statt. „Die Zeit ist auch in Baden-Württemberg reif“, so der Initiator von „proBiene“ und Imker David Gerstmeier. Er betreibt das „Freie Institut für ökologische Bienenhaltung“ „proBiene“, um auf das wertvolle kleine Insekt aufmerksam zu machen. Von den rund 460

gelisteten Wildbienen-Arten ist nach Angaben des Umweltministeriums knapp die Hälfte (44,6 Prozent) gefährdet, vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben (<https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/natur-und-landschaft/wildbienen>). Damit das Summen von Honigbiene und Co. bei uns nicht verstummt, haben die Initiatoren ein Volksbegehren zur Rettung der Artenvielfalt in Baden-Württemberg eingeleitet.

Im ersten Schritt sind 10 000 Unterschriften zum Landtag wahlberechtigter Bürger*innen nötig, um ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen. Im 2. Schritt müsste innerhalb von sechs Monaten jede/r zehnte Wahlberechtigte im Südwesten den Gesetzentwurf unterschreiben - das sind etwa 770 000 Menschen. 60 Verbände, Unternehmen und Organisationen unterstützen nach Angaben von „proBiene“ das Vorhaben - darunter auch die zwei größten Naturschutzverbände in Baden-Württemberg, der Naturschutzbund (NABU) und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) mit nach eigenen Angaben fast 200 000 Mitgliedern.

Die Grünen unterstützen dieses Volksbegehren. Es ist ein wichtiger Schritt zur Erhaltung der Artenvielfalt. Weitere Informationen gibt es hier:

<https://probiene.de/>

Wie Baden-Württemberg von der Europäischen Union profitiert

Während die AfD vor einem „Eurabien“, also der Islamisierung Europas, warnt und mit dem Slogan „Geht’s noch Brüssel?“ das Kopfschütteln des kleinen Mannes über die Regelungswut der Eurokraten zu artikulieren versucht, beschränke ich mich lieber auf Fakten – Fakten darüber, wo Baden-Württemberg ganz konkret von der Europäischen Union profitiert. Denn leider haben Teile unserer Bevölkerung die Wichtigkeit Europas noch nicht erkannt. Diskussionen über europäische Bürokratie und europäisches Klein-Klein haben wir genug geführt.

Für das Exportland Baden-Württemberg sind der Binnenmarkt sowie die offenen Grenzen von allergrößter Bedeutung. Wusstet ihr, dass mehr als die Hälfte der Exporte aus unserem Bundesland in die EU gehen? Das jeder dritte Arbeitsplatz bei uns von genau diesem Exportgeschäft abhängt? Doch die EU wirkt auf vielen Ebenen. Sie schützt die Schwarzwaldforelle und die Schwäbischen Maultaschen. Sie ermöglichte es 2015/2016 7064 Studierende allein in Baden-Württemberg mit Hilfe der Erasmus-Bildungsförderung im EU-Ausland studieren. Und Landwirte erhalten im Schnitt 281 Euro pro Hektar Direktzahlungen aus einem EU-Topf.

Damit ihr für Diskussionen bei den letzten Wahlständen gewappnet seid:

Auf www.bw-profitiert.de stellt unsere Landesregierung 180

Leuchtturmprojekte vor und zwar ganz konkret, für jede einzelne Region. Zum Beispiel fördert die EU in Edingen-Neckarhausen mit 25.000 Euro Europas Integration durch eine Städtepartnerschaft. In Heidelberg mit 4,7 Mio. Euro das Human Brain Projekt, welches darauf zielt ein integriertes Verständnis der Gehirnstrukturen und Gehirnfunktionen mit Hilfe neuartiger Informations- und Kommunikationstechnologien zu ermöglichen.

Es geht mir jedoch nicht nur um Zahlen, um Leistungen und um Geldflüsse. Der konkrete Mehrwert der EU lässt sich nicht beziffern. Der wichtigste Wert ist der Frieden, schließlich haben wir seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs keinen Krieg mehr innerhalb der EU erlebt. Das ist unbezahlbar und auf keinen Fall selbstverständlich. Und trotzdem beteiligen sich gerade einmal knapp 50 Prozent der wahlberechtigten Person in Baden-Württemberg an den EU-Wahlen. Zum Vergleich: Bei der vergangenen Bundestagswahl im Jahr 2017 gaben 78,3 Prozent ihre Stimme ab. Lasst uns deshalb bis zur letzten Minute um das „Wählen gehen für Europa“ werben!

Nach monatelanger Hängepartie stimmt die CDU endlich den grünen Eckpunkten zum Klimaschutzgesetz zu

Nach langem Ringen hat die CDU endlich unseren Eckpunkten für ein neues Klimaschutzgesetz zugestimmt. Auf Basis dieser Eckpunkte wird nun das neue Gesetz erarbeitet. Darin soll festgeschrieben werden, dass Baden-Württemberg seine Treibhausgas-Emissionen - vor allem von CO₂ - bis 2030 um 42 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 reduziert. Das Klimaschutzgesetz nimmt jetzt auch Kommunen in die Pflicht, da wir die Expertise vor Ort nutzen wollen. 103 Stadtkreise und kreisfreie Städte werden zukünftig Strategien entwickeln, um Treibhaus-Emissionen zu vermeiden. Sie sollen etwa prüfen, wie die Wärmeversorgung auf der Grundlage von erneuerbaren Energien neu ausgerichtet werden kann. Diese Planungen werden vom Land vollständig finanziert. Ob die Pläne dann konkret umgesetzt werden, entscheiden die Kommunen in einem zweiten Schritt dann selbst.

Klimaschutz und das „Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept“

Das „Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept“ (IEKK) liefert konkrete Strategien und Maßnahmen zum Klimaschutz. Es verdeutlicht, was in den nächsten Jahren bei der Treibhausgasminderung getan werden soll. Das IEKK berücksichtigt dabei alle maßgeblichen Quellen von Treibhausgasen. Deshalb umfasst es verschiedene Handlungsbereiche wie Strom, Wärme, Verkehr, Landnutzung und Stoffströme. Alle Ressorts der Landesregierung tragen mit ihren Aktivitäten dazu bei, die gesetzten Ziele zu erreichen. So soll der CO₂-Ausstoß des Landes bis 2020 um mindestens 25 Prozent sinken, bis zum Jahr 2050 wird eine Minderung um 90 Prozent angestrebt.

Wir GRÜNE verstehen Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb ist uns die breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beim Klimaschutz ein zentrales Anliegen. Der Klimaschutz geht alle etwas an - und alle bekommen die Möglichkeit, eigene Ideen an entscheidender Stelle einzubringen, was für mich einen wichtigen Fortschritt bedeutet.

Interessierte haben nun bis Ende Juli Zeit, um auf einem Online-Portal zu den Themen Energiewende und Klimaschutz eigene Vorschläge einzureichen.

Weiterhin könnt ihr euch über geplante Ideen der Landesregierung zum Klimaschutz informieren oder diese kommentieren. Bis zum Sommer sollen die Ergebnisse im Internet veröffentlicht werden; sie versanden also nicht, was mir sehr wichtig ist.

Ich wünsche mir eine rege Beteiligung. Am besten gleich jetzt mitmachen.
Weitere Informationen findet ihr hier:

<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/lp-16/fortschreibung-iekk/>

https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/beteiligungsportal/UM/IEKK/Dateien/Entwurf_Massnahmenkatalog_IEKK.pdf

www.uli-sckerl.de